



Zum Totlachen – 5 Billionen für Klimaneutralität

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat eine Studie in Auftrag gegeben, die zu dem Ergebnis kommt, dass rund 5 Billionen Euro investiert werden müssen, um Deutschland bis 2045 zu einem klimaneutralen Staat zu machen. Davon ca. 1.9 Billionen an "Mehr-Investitionen" und 3,1 Billionen für die Umlenkung sowieso erforderlicher Investitionen in klimaneutrale Techniken. [EPOCH-TIMES berichtet.](#)

Warum ich das zum Totlachen finde?

Dafür gibt es gleich mehrere Ursachen.

Die Erste hat damit zu tun, dass es sich bei diesen 5 Billionen Euro, wenn man eine andere Schreibweise benutzt, um die Zahl "begreifbarer" zu machen, um 5.000 Milliarden oder um fünf Millionen Millionen handelt. Zum Vergleich: Für den Bundeshaushalt 2022 sind bisher 443 Milliarden Euro veranschlagt.

Das Volumen von 5 Billionen ist allerdings nicht gerade eben in einer Studie festgestellt worden, es findet sich, wenn man sich ein bisschen Mühe gibt und rechnen kann, schon im Bundestagswahlprogramm der Grünen vom Frühjahr 2021 - und zwar auf einen Zeitraum von nur 10 Jahren bezogen, als Sofortprogramm. Wie sich diese fünf Billionen in den Vorstellungen der Grünen zusammensetzen, habe ich in meinem, am 28. März 2021 erschienen Buch "Wollt ihr das totale Grün?" im Einzelnen aufgelistet. Wo diese fünf Billionen herkommen sollen, ist vollkommen offen. Es heißt zwar, dass nur ein Teil vom Staat aufgebracht werden soll, während weitere Teile von privaten Investoren - und natürlich von den privaten Haushalten - beigesteuert werden müssen. Dennoch handelt es sich insgesamt um eine massive Belastung der Volkswirtschaft, für die nirgends Gegenpositionen zu erkennen sind, aus denen sich am Ende ein positiver Saldo ergeben könnte.

Daher besteht eine weitere Ursache meines Gelächters darin, dass der Begriff "Investitionen" inzwischen jenes Schicksal erleidet, dass der Begriff "Reformen" in der zweiten Amtszeit Gerhard Schröders erleiden musste. Waren "Reformen" bis dahin Maßnahmen, mit denen eine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung beabsichtigt und in der Regel auch erreicht wurde, war das Ziel der Schröder'schen Reform-Agenda, zu der nicht zuletzt auch die Hartz-Reformen zählten, der Rückbau der Sozialen Sicherungssysteme, die Schaffung eines großen Niedriglohnsektors und die Öffnung Deutschlands für die Globalisierung, den Neoliberalismus und den Globalkapitalismus. Die versprochene Halbierung der Arbeitslosenzahlen hat bis heute nicht - bzw. nur auf jenem Papier, das bekanntermaßen geduldig ist - stattgefunden.

Hielten wir Investitionen bisher für ein Anzeichen der Belebung der Wirtschaft, das Anspringen der Konjunktur, für Beschäftigungszuwachs und die Steigerung des Ertrags der Volkswirtschaft, woraus eine größere Verteilungsmasse entsteht und der Wohlstand wächst, handelt es sich bei Investitionen in die Klimaneutralität ausschließlich um Belastungen der Volkswirtschaft, denen kein Mehrertrag gegenübersteht. Die Hoffnung, dass Deutschland mit Hilfe seiner Vorreiterrolle sich künftige Exportmärkte im Bereich Klimaneutralität erschließen könnte, halte ich dabei für einen Milchmädchenraum, und will das auch gerne erläutern.

Brutal offen:

- Kein einziges in Deutschland errichtetes Windrad, keine einzige Photovoltaik-Anlage wäre ohne massive Subventionen, die über die EEG-Umlage den deutschen Strom für den Endkunden zum teuersten der Welt gemacht haben, auf einem freien, nicht planwirtschafts-staatlich organisierten Markt, wirtschaftlich zu betreiben.
- Dem weiteren Ausbau dieser nur durch Subventionen am Leben zu erhaltenden Anlagen steht der unverantwortliche Rückbau von wirtschaftlich zu betreibenden Kernkraft- und Kohlekraftwerken gegenüber, die lange vor Erreichen ihrer Nutzungsdauer stillgelegt werden, was eine massive Vernichtung wichtiger volkswirtschaftlicher Ressourcen darstellt.
- Der Traum von einer Wasserstoffwirtschaft, welche aus unvermeidbaren Überschussstrommengen an windigen Tagen im Sommer unter Inkaufnahme immenser Umwandlungs-, Transport- und Lagerungsverluste nicht nur einen Speicher für windstille Tage im Winter schaffen soll, sondern darüberhinaus den Energiebedarf von Stahlwerken, Zementfabriken und Chemie-Anlagen, sowie der massiv propagierten E-Mobilität decken soll, ist vollkommen unrealistisch.
- Die für ungünstige Witterungsbedingungen in Bereitschaft zu haltenden Gaskraftwerke erfordern einen erheblichen zusätzlichen Investitions-

- aufwand, der sich aber nie amortisieren kann, weil die dazu erforderliche Kapazitätsausnutzung nicht erreicht werden kann.
- Letztlich läuft alles darauf hinaus, dass mit der Abschaltung der mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke stattdessen eine komplette neue Infrastruktur aus Wind- und Solarstromanlagen geschaffen werden soll, die aber nicht nur den bisherigen Strombedarf, sondern auch den Bedarf an den Primärenergieträgern der Industrie, des Verkehrs und der Heizungsanlagen decken soll, während als "Rettungsboot" für die Dunkeklflaute die notwendige Kapazität nochmals in Form von Gaskraftwerken vorgehalten werden muss, die unter Umständen dann sogar laufen müssen, um Strom für die Wasserstoffproduktion zu erzeugen, dass dazu die gesamte Infrastruktur der Netze weitgehend neu aufgebaut werden muss, sowie zusätzlich flächendeckend eine Wasserstoff-Infrastruktur geschaffen werden muss.
 - Das ist kein guter Plan. Dass dennoch die Wirtschaft inzwischen voll auf diesen Zug aufgesprungen ist, hat m.E. nichts damit zu tun, dass irgendeiner der Verantwortlichen Vorstände oder Aufsichtsräte darin etwas anderes als volkswirtschaftlichen Irrsinn zu erkennen vermag, sondern dass man sich einfach voller Vorfreude unter jenen Fenstern positioniert, aus denen - mit grüner Regierungsbeteiligung - die Billionen mit vollen Händen herausgeworfen werden. Die Klimaneutralität verspricht kurzfristige Gewinne, die sich niemand entgehen lassen will. Da sind alle Automobilhersteller dabei, ihre Werke auf E-Mobile umzurüsten und die Gefährte unter Mitnahme staatlicher Subventionen und zur Vermeidung von EU-Strafzahlungen in den Markt zu drücken. "Wir sind Automobilhersteller", heißt es da, "wir können die Automobile, die gefordert werden, produzieren. Allerdings sind wir absolut nicht verantwortlich dafür, dass am Ende auch der Strom dafür zur Verfügung steht. Wir nicht. Wir sind nur Automobilhersteller." Das klingt ein bisschen nach der jener Entschuldigung, die wir so oft gehört haben: "Ich habe nur die Befehle befolgt!" Was die Automobilkonzerne derzeit nicht sagen, aber sicherlich als Plan B schon längst in der Schublade haben, das lautet so: "Wenn sich dann herausstellt, dass der Strom fehlt, und wenn dann noch Kaufkraft im Markt sein sollte rüsten wir halt wieder auf Benziner und Dieselfahrzeuge um. Das können wir schließlich. Aber jetzt daran festzuhalten, das wäre glatter Selbstmord."

Wer bitte, sollte auf diesem Planeten ein Interesse daran haben, deutsche Schildbürger-Technologien zu importieren, wenn der einzige Effekt darin besteht, der Volkswirtschaft eine zusätzliche Kostenlast aufzubürden? Es gibt aber noch weitere Ursachen für mein Gelächter, die nicht mehr so direkt im Zusammenhang mit den fünf Billionen stehen. Ich habe in diesem Jahr drei wichtige Prognosen

für die Entwicklungen nach der Bundestagswahl abgegeben, die sich derzeit alle zu Bewahrheiten scheinen.

1. Die Grünen werden Teil der Bundesregierung sein.

Das war nicht weiter schwierig. Die Spatzen piffen es von den Dächern. SPD und Union mühten sich nach Kräften, ihre eigenen Programme grüner werden zu lassen, um ihre Chancen beim Koalitionspoker zu verbessern. Die Stimmen der Warner blieben ungehört. Das Schlimmste - rot-rot-grün - ist uns erspart geblieben. Die Fortsetzung der GroKo erscheint heute ausgeschlossen. Das Pendel schlägt in Richtung Ampel aus, aber Jamaika ist noch nicht vollständig ausgeschlossen. Die Grünen werden mit am Kabinettstisch sitzen.

2. Der DAX wird nach den Bundestagswahlen seinen Höhenflug an der 16.000er Marke beenden und im Oktober nachhaltig unter 15.000 Punkte fallen.

Der Oktober ist erst sieben Tage alt. Seither hat der DAX mehrmals die 15.000 Punkte nach unten durchstoßen, am deutlichsten gestern, als er um 11.30 Uhr bei 14.840 Punkten notierte. Dass die Börse im Vorfeld von Wahlen als Stimmungsmacher auftritt, und entweder strahlende Zukunftsaussichten suggeriert, oder den wirtschaftlichen Niedergang, je nachdem ob eine Regierung gestützt oder gestürzt werden, ob die Ränder gestärkt oder geschwächt werden sollen, ist ja nichts Neues. Dass der Hype, der vier Wochen vor der Wahl auf schwindelnde Höhen führte, keinerlei realistische Grundlage hatte, war für kompetente Beobachter kein Geheimnis, auch nicht, dass die Spekulation durchaus in der Lage ist, mit geschickten Taktieren im Abstieg unter dem Strich noch Kursgewinne zu realisieren. Nach der Wahl würden die "Stimmungs-Stützungs-Käufe" daher aufhören und die Realisten das Ruder übernehmen. Eine bescheidene Auftragslage der Industrie, die Verteuerung von Rohstoffen und Vorprodukten und die Anzeichen für ein Ende der Niedrigzinspolitik sind drei Faktoren, von denen schon einer genügen würde, die Stimmung der Börsianer zu trüben.

3. Nach der Bundestagswahl werden werden die Meldungen über Stellenbau und Produktionsverlagerungen wieder zunehmen.

Mit meiner Statistik zum Stellenabbau in Deutschland habe ich das Ohr am Puls der Zeit. Je näher der Wahltermin rückte, desto öfter gab es Tage, bisweilen eine ganze Woche, in denen zwar gejubelt wurde, dass Amazon neue Logistikzentren errichten will, dass Fachkräfte gesucht werden, dass neue Bürohäuser für hunderte Angestellte fertiggestellt oder geplant werden, aber nichts von Stellenabbau, Jobverlusten, Betriebsschließungen und

Insolvenzen. Kaum sind die Stimmen ausgezählt, kommt wieder Bewegung in den Arbeitsmarkt. Der Durchschnittswert der verlorenen Jobs pro Kalendertag, der seit Monaten gesunken ist, stabilisiert sich wieder bei der Marke von täglich 2.050 vollzogenen oder angekündigten Arbeitsplatzverlusten.

Damit bestätigen sich meine Erwartungen, die auf einer realistischen Einschätzung der Lage der deutschen Volkswirtschaft aufbauen. Hohe Energiekosten und die nicht mehr gewährleistete Sicherheit einer kontinuierlichen Stromversorgung vertreiben energieintensive Unternehmen aus Deutschland. Die Umstellung der Automobilindustrie auf die fertigungstechnisch weit weniger anspruchsvollen Elektroantriebe wird ebenfalls hunderttausende von Jobs bei den Herstellern und ihren Zulieferern kosten. Ein Teil davon ist bereits vollzogen, doch mit dem Übergang zur Massenfertigung von E-Mobilen kommt das dicke Ende erst noch nach. Die anziehende Inflation, in ganz erheblichem Umfang der Verteuerung der Energie geschuldet, vernichtet Massenkaufkraft und lässt die Neigung zu größeren Anschaffungen sinken, auch wenn die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Kürze, wie alle Jahre, zur Förderung des Weihnachtsgeschäftes mit genteiligen Erkenntnissen aufwarten wird.

Die fünf Billionen sind nicht da. Sie sind weder in der Staatskasse zu finden, noch werden sie den privaten Haushalten in die Tasche wachsen. Wird mit Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften gezwungen, das knappe Geld für das hehre Ziel der Klimaneutralität zu opfern, wird es anderswo im Konsum fehlen und damit weitere, bisher sinnvolle und nützliche Produkte und wirtschaftlich arbeitende Unternehmen aus dem Markt drängen.

Für etwa fünf Milliarden Euro könnte ein neues Kernkraftwerk errichtet werden. 20 neue Kernkraftwerke würden ausreichen, um zusammen mit den noch in Betrieb befindlichen sechs AKWs und dem erreichten Ausbau von Wind-, Wasser-, Biomasse- und Solarkraftwerken den Strombedarf Deutschlands nach Abschaltung der Kohlekraftwerke zu decken. 10 bis 15 weitere Kernkraftwerke würden ausreichen, die Energie für die E-Mobilität, die Stahl-, Zement- und Chemie-Industrie bereitzustellen. Die Energiesicherheit bliebe erhalten, ein weiterer Anstieg der Strompreise wäre zu vermeiden und die CO₂-Emissionen Deutschlands würden maximal zurückgehen. Und wenn die neueste Generation von AKWs gebaut würde, hätte man in den Castoren mit den abgebrannten Brennstäben, die ja mit der herkömmlichen Technologie nur einen Bruchteil der verfügbaren Energie abgeben konnten, nutzbares Uran für Jahrzehnte auf Halde und könnte die Endlagersuche erst einmal einstellen. **Investitions-Aufwand: Geschätzt 150 bis 200 Milliarden.**

Und selbst wenn es doppelt so teuer werden sollte, wäre das immer noch weniger als 10 Prozent dessen, was die "grüne Energiewende" kosten soll.